

DIE ANFRAGE:

Anfrage zur Situation von Geflüchteten und Menschen mit Migrationshintergrund in der Wedemark – Stellungnahme zur Bürgermeisterwahl

Im Rahmen der anstehenden Bürgermeisterwahl möchten wir als Verein **Miteinander Wedemark e.V.** den Bürgerinnen und Bürgern eine fundierte Orientierung zu migrations- und integrationspolitischen Positionen der Kandidierenden ermöglichen.

Wie Sie sicher wissen, setzen wir uns seit vielen Jahren für geflüchtete Menschen und Mitbürger*innen mit Migrationsgeschichte in der Wedemark ein und erleben dabei sowohl positive Entwicklungen als auch deutliche Herausforderungen – insbesondere im Bereich Wohnraum, Integration und Teilhabe.

Die Situation unterscheidet sich natürlich bei den beiden Gruppen, den aktuell zugewiesenen Geflüchteten einerseits und den Mitbürger*innen mit Migrationshintergrund, die teilweise seit 2015 in der Gemeinde ihren Wohnsitz haben.

Vor diesem Hintergrund bitten wir Sie um eine Stellungnahme zu folgenden Fragen:

- **Wie schätzen Sie die aktuelle Lage für**
 - Menschen mit Migrationshintergrund sowie
 - neu eintreffende Geflüchtete in der Wedemark ein?
- **Wie beurteilen Sie die Situation dieser beiden Gruppen konkret in Bezug auf**
 - Unterbringung / Wohnsituation,
 - soziale Betreuung,
 - Integration begleitender Kinder (Kita, Schule),
 - Sprachförderung (Frauen, Männer, Kinder)?
- **Wo sehen Sie aus Ihrer Sicht dringenden Handlungsbedarf?**

Verfügen Sie bzw. Ihre Partei über ein Zukunftskonzept für diese Bevölkerungsgruppen in der Wedemark?

- Wenn ja: Welche Kernaspekte und Maßnahmen sind darin vorgesehen?

Sehr gern können Sie uns Ihre Antworten **schriftlich** zukommen lassen. Alternativ bieten wir Ihnen die Möglichkeit zu einem **Gespräch mit Videoaufzeichnung**, in dem wir Ihre Positionen in Form eines Interviews festhalten.

Unsere Zielsetzung ist, Ihre Stellungnahme – sofern Sie zustimmen – auf unserer Website von Miteinander Wedemark e.V. sowie ggf. auszugsweise in der lokalen Presse zu veröffentlichen, damit sich die Einwohner*innen der Wedemark ein eigenes Bild machen können.

ANTWORTEN:

Florian Lübeck

Selbstverständlich komme ich Ihrem Wunsch nach und beantworte Ihre Fragen schriftlich.

Ausgangslage und Grundhaltung

Für mich steht fest: Menschen mit Migrationsgeschichte und geflüchtete Menschen gehören zur Wedemark. Sie leben hier, arbeiten hier, gründen Familien, engagieren sich in Vereinen und tragen zu einer vielfältigen und lebendigen Gemeinde bei. Es ist Aufgabe der Kommune, gute Rahmenbedingungen für ein selbstbestimmtes Leben, gesellschaftliche Teilhabe und ein gutes Miteinander zu schaffen.

Dabei müssen wir unterschiedliche Ausgangslagen berücksichtigen. Menschen, die bereits seit Jahren in der Wedemark leben, benötigen vor allem verlässliche Teilhabechancen in Wohnen, Bildung, Arbeit, Verwaltung und Gemeinschaft. Neu ankommende Geflüchtete brauchen zusätzlich eine gute Erstorientierung, Sicherheit, Unterstützung im Alltag sowie einen möglichst schnellen Zugang zu Sprache, Bildung und Arbeit.

Die Wedemark hat in den vergangenen Jahren viel geleistet. Haupt- und ehrenamtlich Engagierte, Vereine, Schulen, Kitas, Beratungsstellen, Unternehmen und viele Bürgerinnen und Bürger haben dazu beigetragen, dass Menschen hier ankommen und erste Schritte in ein neues Leben gehen konnten. Dafür gebührt allen Beteiligten mein Dank.

Gleichzeitig stehen wir weiterhin vor erheblichen Herausforderungen. Die Lage auf dem Wohnungsmarkt ist angespannt. Geeigneter und bezahlbarer Wohnraum fehlt nicht nur für Geflüchtete, sondern für viele Menschen in der Wedemark. Auch Plätze in Kitas und Schulen, soziale Begleitung von Familien sowie bedarfsgerechte Sprachförderangebote bleiben zentrale Aufgaben.

Unterbringung und Wohnen

Die Wedemark verfügt derzeit über keine in Betrieb befindliche Notunterkunft. Die Unterbringung erfolgt unter anderem in mehreren Wohngemeinschaften. Das ist gegenüber großen Sammelunterkünften grundsätzlich ein besserer Ansatz, weil er mehr Privatsphäre, einen alltagsnahen Rahmen und bessere Voraussetzungen für ein gelingendes Zusammenleben schaffen kann.

Gleichzeitig bleibt die Wohnraumsituation herausfordernd. Wohngemeinschaften können eine gute erste Unterkunft sein, sie ersetzen jedoch nicht auf Dauer eigenen und passenden Wohnraum —

insbesondere für Familien, ältere Menschen oder Personen mit besonderem Unterstützungsbedarf. Unser Ziel muss daher sein, Menschen so schnell wie möglich in regulären und bezahlbaren Wohnraum zu vermitteln.

Dafür brauchen wir aus meiner Sicht:

- eine aktive kommunale Wohnraumpolitik mit bezahlbarem und barrierearmem Wohnraum,
- eine gute Beratung und Begleitung bei der Wohnungssuche sowie beim Übergang aus Wohngemeinschaften in eigenen Wohnraum,
- die Zusammenarbeit mit privaten Vermieterinnen und Vermietern, Wohnungsbaugesellschaften und sozialen Trägern,
- die Prüfung geeigneter kommunaler Flächen und Immobilien für dauerhaften, sozialverträglichen Wohnraum,
- eine dezentrale Unterbringung in den Ortschaften, damit Menschen Infrastruktur, Bildung, Beratung und Teilhabe gut erreichen können.

Die Wohnungsfrage ist kein Spezialthema einzelner Gruppen. Sie ist eine zentrale soziale Frage für die gesamte Wedemark.

Soziale Betreuung und Teilhabe

Gerade in der ersten Zeit nach der Ankunft benötigen Menschen verlässliche Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner. Viele Fragen betreffen Behörden, Gesundheitsversorgung, Schule, Kita, Sprache, Arbeit und das tägliche Leben. Eine gute soziale Betreuung hilft nicht nur in der akuten Situation, sondern schafft die Grundlage dafür, dass Menschen möglichst schnell eigenständig ihren Alltag gestalten können.

Ich halte deshalb eine gut vernetzte Integrationsarbeit für unverzichtbar. Gemeinde, Region, Jobcenter, Schulen, Kitas, Beratungsstellen, Wohlfahrtsverbände, Ehrenamtliche und Arbeitgeber müssen möglichst abgestimmt zusammenarbeiten.

Wichtig sind verständliche Informationen, erreichbare Beratungsangebote, Unterstützung bei digitalen Verwaltungsverfahren und bei Bedarf Sprachmittlung. Auch das Engagement von Miteinander.Wedemark e. V. und anderer Initiativen ist für das Ankommen und die Teilhabe vieler Menschen sehr wertvoll.

Kita, Schule und Sprachförderung

Kinder und Jugendliche müssen von Anfang an gute Bildungs- und Teilhabechancen erhalten. Kitas und Schulen sind zentrale Orte des Ankommens, des Spracherwerbs und des sozialen Miteinanders.

Dafür brauchen wir:

- ausreichende und verlässlich finanzierte Plätze in Kita und Schule,
- frühzeitige Sprachförderung bereits im Vorschulalter,
- gute Übergänge von der Kita in die Grundschule und von der Schule in Ausbildung oder Beruf,
- Unterstützung für Lehrkräfte und pädagogische Fachkräfte bei Sprachförderung, Elternarbeit und unterschiedlichen Lernvoraussetzungen,
- eine enge Zusammenarbeit mit Eltern, auch durch verständliche Informationen und bei Bedarf Sprachmittlung,
- Möglichkeiten für Begegnung, beispielsweise in Sportvereinen, Jugendangeboten, Kultur und Freizeit.

Sprachförderung ist der Schlüssel für gesellschaftliche Teilhabe. Sie muss Frauen, Männer und Kinder gleichermaßen erreichen. Insbesondere für Frauen mit kleinen Kindern braucht es Angebote, die zeitlich und organisatorisch erreichbar sind und, wo möglich, Kinderbetreuung berücksichtigen. Für Kinder und Jugendliche muss Sprachförderung eng mit dem regulären Bildungsweg verbunden sein.

Dringender Handlungsbedarf

Dringenden Handlungsbedarf sehe ich insbesondere bei:

- bezahlbarem und menschenwürdigem Wohnraum,
- verlässlicher sozialer Beratung und Begleitung,
- ausreichenden Kapazitäten und guter Unterstützung in Kitas und Schulen,
- zugänglicher und bedarfsgerechter Sprachförderung für alle Altersgruppen,
- der Stärkung von Begegnung und Teilhabe im Alltag.

Integration ist keine Einbahnstraße. Sie erfordert die Bereitschaft der Menschen, die neu zu uns kommen, unsere Sprache zu lernen, die freiheitlich-demokratische Grundordnung zu achten und sich in die Gemeinschaft einzubringen. Sie verlangt aber ebenso von uns als Gemeinde, Zugänge zu schaffen, fair zu behandeln und Diskriminierung nicht hinzunehmen.

Zukunftskonzept für die Wedemark

Als parteiloser Bürgermeisterkandidat ist mein Anspruch, gemeinsam mit Politik, Verwaltung, Institutionen, Ehrenamt und den Menschen in der Wedemark tragfähige Lösungen zu entwickeln. Integration muss dabei als Querschnittsaufgabe in Verwaltung, Bildung, Wohnen, Soziales und Ortsentwicklung verstanden werden.

Konkret bedeutet das für mich:

- klare Ansprechstrukturen in der Gemeinde,
- eine verbindliche Zusammenarbeit aller beteiligten Akteure,
- eine vorausschauende Planung von Wohnraum, sozialer Begleitung und Bildungsangeboten,
- die Stärkung des Ehrenamts, ohne diesem dauerhaft Aufgaben aufzubürden, die professionelle Strukturen erfordern,
- echte Beteiligung von Menschen mit Migrationsgeschichte an der Weiterentwicklung unserer Gemeinde,
- eine verständliche, erreichbare und digital zugängliche Verwaltung — verbunden mit persönlicher Unterstützung für alle, die sie benötigen.

Ich möchte, dass die Wedemark eine Gemeinde bleibt, in der Menschen unabhängig von Herkunft, Religion oder Lebensgeschichte sicher leben, mitgestalten und zu Hause sein können. Das ist nicht nur ein Gebot der Menschlichkeit, sondern eine wesentliche Voraussetzung für den Zusammenhalt und die Zukunftsfähigkeit unserer Gemeinde.

Mit freundlichen Grüßen

Florian Lübeck

Parteiloser Bürgermeisterkandidat für die Wedemark

Jessica Borgas

ganz ausdrücklich möchte ich mich erst einmal für Ihr langjähriges Engagement für geflüchtete Menschen und Menschen mit Migrationsgeschichte in der Wedemark bedanken, Sie leisten eine sehr wichtige Arbeit.

Nun zu Ihren Fragen:

1. Einschätzung der aktuellen Situation

Aus meiner Sicht steht die Wedemark bei der Integration vieler Menschen mit Migrationsgeschichte insgesamt vor einer positiven Bilanz. Zahlreiche Familien haben sich in den vergangenen Jahren in unserer Gemeinde ein neues Leben aufgebaut, Kinder besuchen Kindertagesstätten und Schulen, viele Menschen sind berufstätig oder engagieren sich auch ehrenamtlich. Gleichzeitig bestehen weiterhin deutliche Herausforderungen die, wie Sie feststellen, engagiert anzugehen sind.

Besonders angespannt ist die Situation auf dem Wohnungsmarkt. Bezahlbarer Wohnraum ist für viele Bürgerinnen und Bürger knapp, dies betrifft Menschen mit Migrationsgeschichte und Geflüchtete ebenso wie z.B. unsere Senioren und Seniorinnen oder jungen Familien. Die Schaffung zusätzlichen Wohnraums ist deshalb eine zentrale Aufgabe, bei der die Gemeinde Rahmenbedingungen setzen, Flächenentwicklung unterstützen, Investoren einbinden und Kooperationen fördern sollte.

Auch bei der sozialen Betreuung und Begleitung sehe ich Handlungsbedarf. Eine erfolgreiche Integration gelingt dort am besten, wo Verwaltung, Bildungseinrichtungen, Vereine, Ehrenamtliche und soziale Träger eng zusammenarbeiten. Diese Strukturen müssen gestärkt und langfristig gesichert werden.

Im Bereich Kita und Schule leisten die Einrichtungen bereits heute sehr viel. Gleichzeitig stehen sie vor oft erheblichen, zusätzlichen Anforderungen bei Sprachförderung, individueller Unterstützung und interkultureller Arbeit. Hier sind ausreichende personelle und damit finanzielle Ressourcen wichtig.

Die Sprachförderung ist aus meiner Sicht einer der entscheidenden Schlüssel für gesellschaftliche Teilhabe. Dabei sollten Frauen, Männer und Kinder gleichermaßen Zugang zu Angeboten erhalten. Insbesondere niedrigschwellige Angebote vor Ort können dazu beitragen, Integration zu erleichtern, so wie Miteinander e.V. es macht.

2. Wo sehe ich den dringendsten Handlungsbedarf?

Die größten Herausforderungen sehe ich in drei Bereichen:

- Schaffung von bezahlbarem Wohnraum durch geeignete Rahmenbedingungen, Kooperationen und Flächenentwicklung
- Stärkung von Sprach- und Bildungsangeboten
- Förderung einer Integration, die auf gegenseitigem Respekt, klaren Erwartungen und aktiver Mitwirkung basiert.

Die aktuell rückläufigen Flüchtlingszahlen bieten die Chance, vorhandene Ressourcen gezielter einzusetzen und Integrationsmaßnahmen nachhaltiger zu gestalten. Gleichzeitig gilt: Integration ist keine Einbahnstraße. Die Kommune kann Rahmenbedingungen schaffen, etwa durch Wohnraum, Bildungsangebote und Beratung. Menschen, die dauerhaft in der Wedemark leben möchten, müssen

Ihren Beitrag leisten, indem sie bereit sind, die deutsche Sprache zu erlernen, unsere Rechts- und Werteordnung zu respektieren und zu leben sowie sich aktiv in Gesellschaft, Bildung und Arbeitsleben einzubringen.

3. Zukunftskonzept „Migration und Integration der Wedemark“

Ich wünsche mir eine Wedemark, in der alle Menschen die gleichen Chancen erhalten, aber auch Verantwortung für ihre eigene Integration übernehmen. Zu einem solchen Konzept gehören aus meiner Sicht:

- ausreichender Wohnraum durch vorausschauende Planung, geeignete Rahmenbedingungen, Kooperationen mit Wohnungswirtschaft und Trägern sowie eine abgestimmte Infrastrukturentwicklung,
- frühe und verbindliche Sprachförderung,
- gute Bildungs- und Qualifizierungsmöglichkeiten,
- schneller Zugang zu Ausbildung und Arbeit,
- Förderung gesellschaftlicher Teilhabe in Vereinen, Nachbarschaften und Ehrenamt,
- klar formulierte Erwartungen an die Bereitschaft zur Integration und Mitwirkung.

Wer in der Wedemark lebt, soll die Möglichkeit haben, Teil unserer Gemeinschaft zu werden. Erfolgreiche Integration gibt es dort, wo die Kommune Unterstützung bietet und Menschen diese Angebote aktiv nutzen, um ihr Leben selbstbestimmt und verantwortungsvoll zu gestalten.

Cornelia Blume

Wie schätzen Sie die aktuelle Lage für Menschen mit Migrationshintergrund sowie neu eintreffende Geflüchtete in der Wedemark ein?

Am 3.12.25 berichtete Ellen Bruns in der Fraktionssitzung der GRÜNEN Wedemark, bei der ich anwesend war, dass zu dem Zeitpunkt pro Tag etwa 5-6 neue Geflüchtete der Gemeinde zugewiesen werden und untergebracht/ betreut werden. Das ist nicht viel und stellt das erfahrene Team der Flüchtlingssozialarbeit vor keine größeren Herausforderungen. Ganz aktuelle Zahlen habe ich nicht.

Wie beurteilen Sie die Situation dieser beiden Gruppen konkret in Bezug auf Unterbringung / Wohnsituation, o soziale Betreuung, Integration begleitender Kinder (Kita, Schule), Sprachförderung (Frauen, Männer, Kinder)?

Sehr zu begrüßen ist, dass Sammelunterkünfte in der Jugendhalle Mellendorf, im Gästehaus Gailhof und in der Mehrzweckhalle Bissendorf aufgelöst werden konnten und die Geflüchteten dezentral in Wohnungen untergebracht werden konnten. Das fördert die Integration und die Akzeptanz in der Bevölkerung.

Die Bau- und Entwicklungsgesellschaft der Gemeinde prüft derzeit eigene Bauprojekte in verschiedenen Neubaugebieten, die ggf. auch als Wohnungen für Geflüchtete vorgehalten werden könnten. Die Details sind nicht öffentlich, aber wir können durchaus sagen, dass die BEG da dran ist und Optionen prüft.

Im Sozialausschuss am 8.06.26, bei der ich auch anwesend war, berichtete Ellen Bruns über laufende Projekte: Protokollauszug: "Frau Bruns erläuterte die aktuellen Projekte der Flüchtlingssozialarbeit. Es wurden Veranstaltungen zu unterschiedlichen Themen durchgeführt:

- BUT + deutsches Schulsystem
- Schwimmkurse für Kinder
- Themenabende zu Schimmelbildung, richtig Lüften, Heizkosten senken
- Jobcenter-Digital-
- Fallen im Internet- Tik Tok Käufe , in-App-Fallen"

Meine Beurteilung: Derzeit ist es ruhig und alles so weit unter Kontrolle, ich kann aber nicht sagen, ob bei einer erneuten Flüchtlingsbewegung (z. B. nach Ende der Auseinandersetzung Russland/Ukraine oder bei einer erneuten Bewegung über das Mittelmeer) nicht schnell wieder Zugriff auf Hallen etc. erfolgen müsste. In einer Ratssitzung bereits in 11/2022 hat Bürgermeister Helge Zychlinsky zu einer Anfrage der GRÜNEN zu diesem Thema eingeräumt, dass die Gemeinde (= Ellen Bruns & Team) immer wieder in diesen Dingen improvisieren muss. Eine vorausschauende Planung gibt bzw. gab es damals nicht. Das wäre ein guter Ansatzpunkt für die Zukunft.

Wo sehen Sie aus Ihrer Sicht dringenden Handlungsbedarf?

Eine Maßnahme, die ich nochmal ausloten würde, ist die einstweilige Anstellung von bislang nicht erwerbstätigen Geflüchteten in der Wedemark, z.B. in gemeindenahen Betrieben. Dies erfordert aber einen engen Austausch mit Ausländerbehörde, Jobcenter und Arbeitgebern. So eine Tätigkeit kann nur freiwillig angeboten werden und muss rechtssicher sein. Sie muss tarifgebunden entlohnt werden und darf dem Arbeitsmarkt keine Stellen entziehen.

Als Integrationsmittel ist so eine Maßnahme aber sehr wertvoll.

Verfügen Sie bzw. Ihre Partei über ein Zukunftskonzept für diese Bevölkerungsgruppen in der Wedemark?

Wir haben einen Teil unseres Wahlprogramms diesem Aspekt gewidmet.

Wenn ja: Welche Kernaspekte und Maßnahmen sind darin vorgesehen?

Zitat:

Besonders Menschen mit Behinderung, mit Migrationsgeschichte, junge Menschen und bislang wenig erreichte Gruppen sollen leichter Zugang zu Beteiligung und Engagement bekommen.

Diese Forderung unsres WPs sehen wir durch folgende Maßnahmen untermauert: Sprachförderung von Schüler*innen, aber auch Arbeitnehmer*innen mit Migrationshintergrund muss angeboten werden. So ist es z. B. auch der Wunsch großer Betriebe wie z. B. Ebeling Spedition mit Mitarbeitenden aus 16 auch nicht-EU-Nationen.

Auf Landesebene sind mehr als 3 Mio € mehr (insgesamt 8,6 Mio €) für Sprachförderung bereitgestellt worden, wohingegen auf Bundesebene erheblich Mittel z. B. für BAMF-Sprachkurse gestrichen wurden. Migranten haben Anspruch auf Sprachkurse, unabhängig von der Bleibeperspektive. Dies kann in engem Schulterschluss mit der VHS realisiert werden. Auf kommunaler Ebene ist es ein Problem, dass für Sprach-zu-Fördernde, u. U. auch Frauen mit kleinen Kindern, flexibel geeignete Räume zur Verfügung gestellt werden müssen. Hier würde ich mich als Bürgermeisterin dafür einsetzen, dass in Zusammenschau z. B. auch mit den Kirchen solche Räume gefunden werden.

Bei einer erneuten Flüchtlingsbewegung nach Deutschland und Niedersachsen müsste die Wedemark erneut kurzfristig Sammelunterkünfte einrichten, obwohl seitens des Landesprogramms Maßnahmen zur Erstversorgung und Maßnahmen für eine Landeswohngesellschaft getroffen wurden, die weit über das Maß von 2016 hinausgehen und die zunächst einmal Druck von den Kommunen nehmen werden. Dennoch: Als Bürgermeisterin würde ich für ein solches Szenario, das ich nicht für völlig unwahrscheinlich halte, zusammen mit der Verwaltung bereits Pläne machen, um nicht unvorbereitet zu sein.

VERGLEICH DER ANTWORTEN (KI, DSGVO-konform)

- Blume (Grüne) legt Wert auf dezentrale Unterbringung, Verwaltungserfahrung, Ausbau von Sprachförderung auch für Beschäftigte, und konkrete Planungen für zukünftige Fluchtbewegungen. Sie bringt Vorschläge für gemeindenahe Beschäftigung und hat spezifische Einzelprojekte im Blick.
- Lübeck (parteilos) argumentiert sehr umfassend und systemisch, sieht Integration als Querschnittsaufgabe, betont Beteiligung, professionelle Strukturen, innovative Angebotsformen sowie Digitalisierung und klare „Mitgestaltungs-Möglichkeiten“ für Menschen mit Migrationsgeschichte.
- Borgas (CDU) legt den Schwerpunkt auf die Schaffung von Rahmenbedingungen und Kooperationen sowie das Prinzip „Fördern und Fordern“ — Betonung gegenseitiger Verpflichtung zur Integration und gesellschaftlichen Teilhabe.

Aspekt/Thema	Florian Lübeck (Parteilos)	Jessica Borgas (CDU)	Cornelia Blume (Grüne)
Einschätzung aktuelle Lage	Menschen mit Migrationshintergrund und Geflüchtete sind Teil der Gemeinde. Lohnen positive Entwicklung, aber große Herausforderungen insb. beim Wohnraum.	Insgesamt positive Bilanz für Integration, viele erfolgreiche Beispiele – aber weiterhin Herausforderungen z.B. Wohnraum.	Momentan geringe Belastung, Team gut bewältigt. Dezentrale Unterbringung und Auflösung von Sammelunterkünften wird begrüßt.
Wohnraum/Unterbringung	Wohngemeinschaften, keine Großunterkünfte mehr, Ziel ist Vermittlung in regulären, bezahlbaren Wohnraum. Betonung der gesamtgesellschaftlichen Wohnungsfrage und akt. Wohnungspolitik.	Mangel an bezahlbarem Wohnraum; sieht starke Rolle der Gemeinde in Flächenentwicklung, Kooperationen und erleichtertem Bau.	Prüfung eigener Bauprojekte über Bau- und Entwicklungsgesellschaft (BEG). Entwicklungspotenzial für kommunalen Wohnungsbau. Rückgriff auf Hallen bei neuen Fluchtbewegungen möglich.
Soziale Betreuung	Wert auf vernetzte Integrationsarbeit mit vielen Akteuren. Beratung, Unterstützung bei Verwaltung, Sprachmittlung, Ehrenamt stärken, aber keine Verlagerung auf Ehrenamt.	Erfolgreiche Integration bei starker Zusammenarbeit aller Beteiligten – Strukturen ausbauen und langfristig sichern.	Sozialarbeit sieht sie als aktuell funktionsfähig. Erwähnt laufende Projekte (Schwimmkurse, Schulsystem, Generationsprojekte). Bisher wenig vorausschauende Planung, fordert diesen Ansatz künftig.
Kinder/Schule/Kita	Zentrale Bedeutung von Bildungseinrichtungen: frühzeitige Sprachförderung, ausreichende Plätze, Unterstützung für Fachkräfte, Angebote für Elternarbeit, Begegnung fördern.	Zentrale Rolle von Kita und Schule – fordert ausreichende Ressourcen, interkulturelle Arbeit stärken.	Schildert sprachfördernde Projekte, Schwimmkurse etc.; sieht lokale Unterstützungsstruktur derzeit als tragfähig.
Sprachförderung	Schlüssel zur Integration, muss alle erreichen (Frauen, Männer, Kinder); flexible, erreichbare, mit Betreuung kombinierte Angebote, Kinderförderung an Bildung anknüpfen.	Sprachförderung für alle, Betonung niedrigschwelliger Angebote vor Ort (z.B. Miteinander e.V.).	Stärkt Forderung nach Sprachförderung (Schüler*innen & Arbeitnehmer*innen), auch Arbeit mit Unternehmen; auf Landesebene mehr Mittel, auf Bundesebene Kürzungen. Räumlichkeiten in Kooperation mit Kirchen etc. eröffnen.
Weitere Maßnahmen/ Handlungsbedarf	Wohnraum, soziale Beratung, Bildungseinrichtungen stärken, Prozesse und Ansprechmöglichkeiten klar gestalten, Teilhabe ermöglichen und Diskriminierung bekämpfen.	Wohnraum, Sprach- und Bildungsangebote, Integration auf Basis von Respekt und Erwartungen an Mitwirkung der Zugewanderten.	Beschäftigungsmaßnahmen in gemeindenahen Betrieben für Geflüchtete anstoßen (rechtssicher, freiwillig), größere Flexibilität in Planung, vor allem für mögliche neue Fluchtbewegungen.
Zukunftskonzept	Fokus auf Integration als Querschnittsaufgabe aller Verwaltungsbereiche. Starke Kooperation – „Beteiligung statt nur Betreuung“, echte Angebote und Beteiligung.	Will „gleiche Chancen“ und „klare Erwartungen“ an Zugewanderte, Förderung gesellschaftlicher Teilhabe. Strukturierte Kooperationen.	Wahlprogramm mit explizitem Fokus auf Beteiligung v.a. benachteiligter Gruppen. Maßnahmen: Erweiterung Sprachförderung, flexible Räume, Vorbereitung auf künftige Fluchtbewegungen, bessere Frühplanung.
Besonderheiten/ Hervorhebungen	Betonung auf nachhaltige Strukturen, professionelle Unterstützung, mehr Bürger*innenbeteiligung,	Starke Betonung auf gegenseitige Verpflichtung („keine Einbahnstraße“), Chancen & Eigenverantwortung.	Konkrete Beispiele für laufende Integrationsprojekte, Hinweise auf verwaltungsinterne Erkenntnisse; explizite

Konkrete Handlungs- und Lösungsvorschläge

1. Florian Lübeck (parteilos)

Wohnraum/Unterbringung

- Aufbau einer aktiven kommunalen Wohnraumpolitik für bezahlbaren und barrierearmen Wohnraum.
- Zusammenarbeit mit privaten Vermieter*innen, Wohnungsbaugesellschaften & sozialen Trägern.
- Prüfung kommunaler Flächen und Immobilien für die Schaffung dauerhaften, sozialverträglichen Wohnraums.
- Stärkere dezentrale Unterbringung in Ortschaften, um Teilhabe und Infrastrukturzugang zu erleichtern.

Soziale Betreuung

- Ausbau einer gut vernetzten Integrationsarbeit zwischen Gemeinde, Region, Jobcenter, Vereinen etc.
- Bessere Zugänglichkeit von Beratung inkl. Sprachmittlung und Unterstützung bei digitalen Verwaltungsverfahren.

Kita, Schule und Sprachförderung

- Frühzeitige Sprachförderung im Vorschulalter; ausreichend Plätze in Kita und Schule sichern.
- Unterstützung und Weiterbildung für Lehrkräfte und pädagogische Kräfte bei Sprachförderung und Elternarbeit.
- Angebote für Sprachförderung speziell für Frauen mit Kindern, inklusive Kinderbetreuung.

Zukunftskonzept

- Einführung klarer Ansprechstrukturen, Planung von Wohnraum und Angeboten im Voraus.
- Stärkung des Ehrenamts, aber keine Ersatzfunktion für professionelle Strukturen.
- Digitale und persönliche Unterstützung durch die Verwaltung.
- Beteiligung von Menschen mit Migrationsgeschichte an der Weiterentwicklung der Gemeinde.

2. Jessica Borgas (CDU)

Wohnraum/Unterbringung

- Bereitstellung von Flächenentwicklung durch die Gemeinde.
- Förderung von Kooperationen mit der Wohnungswirtschaft und Trägern.
- Unterstützung von Investitionen in den Wohnungsbau.

Bildung und Sprachförderung

- Frühe und verbindliche Sprachförderung für alle (Frauen, Männer, Kinder).
- Verbesserung personeller und finanzieller Ressourcen in Kitas und Schulen.
- Förderung niedrigschwelliger Angebote vor Ort (z. B. in Kooperation mit Initiativen wie Miteinander e.V.).

Gesellschaftliche Teilhabe

- Förderung gesellschaftlicher Teilhabe in Vereinen, Nachbarschaften und Ehrenamt.
- Schneller Zugang zu Ausbildung und Arbeit.

Integration verstehen

- Deutlich formulierte Erwartungen an Bereitschaft zur Integration und aktive Mitwirkung der Zugewanderten („keine Einbahnstraße“).

3. Cornelia Blume (Grüne)

Wohnraum/Unterbringung

- Prüfung laufender Bauprojekte (über die gemeindeeigene Bau- und Entwicklungsgesellschaft) zur Nutzung als Wohnungen auch für Geflüchtete.
- Künftig: Vorausschauende Planung für erneute Fluchtbewegungen im Rathaus etablieren (um nicht wieder nur improvisieren zu müssen).

Sprachförderung

- Förderung von Sprachkursen für Schülerinnen und Arbeitnehmerinnen mit Migrationshintergrund, Zusammenarbeit mit lokalen Unternehmen und der VHS.
- Flexible Bereitstellung geeigneter Räume (z. B. gemeinsam mit Kirchen) für Sprachförderung, v. a. für Frauen mit kleinen Kindern.

Beschäftigung/Förderung

- Initiierung gemeindenaher, freiwilliger Beschäftigungsmöglichkeiten für Geflüchtete in Kooperation mit Behörden und Unternehmen, rechtssicher und tarifgebunden.

Zukunftskonzept

- Wahlprogramm-Schwerpunkt auf Teilhabe und Beteiligung bislang wenig erreichter Gruppen.
- Frühzeitige Planungen und Szenarien für mögliche zukünftige Fluchtbewegungen zusammen mit der Verwaltung.

Zentrale Gemeinsamkeiten und Unterschiede

Alle befürworten die dezentrale Unterbringung und sehen beim Wohnraum Handlungsbedarf.

- Lübeck und Blume werden hier besonders konkret: Lübeck mit Ansätzen für aktive Wohnraumpolitik, Blume mit der Prüfung gemeindeeigener Bauprojekte.
- Alle erkennen Sprachförderung als zentrales Element an, differenzieren aber in der Umsetzung (Blume: Fokus auch auf Arbeitnehmer*innen und flexible Räume; Lübeck: spezielle Angebote für Frauen mit Kindern).
- Blume nennt als einzige die Idee, geflüchtete Menschen explizit in gemeindenahen Betrieben zu beschäftigen.
- Borgas betont besonders deutlich gegenseitige Verpflichtungen („Fördern und Fordern“).

Fazit:

Alle drei Kandidat*innen stellen geplante Handlungsabsichten vor, die meist im Rahmen bestehender Strukturen weiterentwickelt werden sollen. Lübeck und Blume fallen durch besonders konkrete, neue Lösungsvorschläge auf (neue Bauprojekte, Beschäftigungsmöglichkeiten, gezielte Sprachfördermodelle). Borgas fokussiert stärker auf die Verbesserung und Nutzung bestehender Instrumente und formuliert klar kommunale Rahmenverantwortung sowie Erwartungen an Integrationsbereitschaft der Zugewanderten.

Entwurf Zeitungsartikel (KI, DSGVO konform)

Integration im Fokus: Die Wedemarker Bürgermeisterkandidat*innen zur Lage geflüchteter Menschen

Die Integration von Geflüchteten und Menschen mit Migrationsgeschichte bleibt für die Wedemark eine zentrale Herausforderung – darüber sind sich alle drei Bürgermeisterkandidat*innen einig. Auf Anfrage des Vereins „Miteinander Wedemark e.V.“ bezogen Florian Lübeck (parteilos), Jessica Borgas (CDU) und Cornelia Blume (Grüne) ausführlich Stellung.

Herausforderung Wohnen und Teilhabe

Alle Kandidatinnen betonen, dass die Suche nach bezahlbarem Wohnraum nicht nur für Geflüchtete, sondern für viele Wedemarkerinnen drängend bleibt. Die bisherigen Verbesserungen – wie die dezentrale Unterbringung statt großer Sammelunterkünfte – werden begrüßt. Während Jessica Borgas besonders die Rolle der Gemeinde bei der Schaffung neuer Wohnungen betont und auf Kooperationen mit der Wohnungswirtschaft setzt, sieht Florian Lübeck eine aktive kommunale Wohnraumpolitik als unerlässlich. Cornelia Blume stellt in Aussicht, gemeindeeigene Bauprojekte auch für die Unterbringung von Geflüchteten zu nutzen und fordert eine vorausschauende Planung, um Engpässe künftig besser zu vermeiden.

Bildung und Sprachförderung als Schlüssel

Einig sind sich die Kandidat*innen auch darin, dass erfolgreiche Integration ohne frühzeitige und verbindliche Sprachförderung nicht gelingen kann. Lübeck spricht sich für spezielle sprachliche Angebote aus, die auch die Bedürfnisse von Frauen mit kleinen Kindern berücksichtigen, und will Kitas sowie Schulen personell stärken. Borgas hebt die Bedeutung niedrigschwelliger Kurse hervor, damit alle Gruppen – unabhängig von Alter oder Geschlecht – erreicht werden. Blume fordert neben Sprachkursen für Kinder und Erwachsene eine bessere Kooperation mit örtlichen Unternehmen und der Volkshochschule, um berufsbegleitende Sprachförderung und flexible Kursräume zu ermöglichen.

Zukunftskonzepte und gesellschaftliche Erwartungen

Sowohl Lübeck als auch Borgas unterstreichen, dass Integration auf gegenseitigem Respekt und klaren Erwartungen beruhen müsse. Menschen, die in der Wedemark leben möchten, sollen nicht nur Unterstützung erhalten, sondern sich auch aktiv um Sprache, Teilhabe und gesellschaftliches Engagement bemühen. Während Borgas auf bestehende Strukturen und die nachhaltige Nutzung vorhandener Ressourcen setzt, kündigt Blume an, gemeindenahе Beschäftigungsmöglichkeiten für Geflüchtete anzuregen und Teilhabe für bislang wenig erreichte Gruppen zu fördern. Bei einer erneuten Zunahme von Fluchtbewegungen, so Blume, müsse die Gemeinde besser vorbereitet sein, um pragmatisch und menschlich reagieren zu können.

Fazit

Deutlich wird: Die Wedemark hat Fortschritte gemacht, doch an vielen Stellen bleiben Herausforderungen. Die drei Bewerber*innen für das Bürgermeisteramt eint das Ziel, Integration als gesamtgesellschaftliche Aufgabe zu verstehen – mit unterschiedlichen Akzenten bei Umsetzung und Handlungsprioritäten.

